

vierteljährlich im Stadt, Ort- und Nachbarort-Verkehr RM. 2.10, außerhalb RM. 2.50 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Monatsheftes 1.00. Erscheinungswöchentlich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die halbtägige Seite oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklameseite oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen ansonstiger Anzeigen entsprechend herab. Bei gerichtlicher Einziehung und Konkurrenz ist der Rabatt unzulässig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Re. 32

Druck und Verlag in Kittenfeld.

Samstag, den 8. Februar.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

Weimar, 6. Febr.

Volksbeauftragter Ebert (fortfahrend): Diese Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, nicht frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution legte die Verantwortung dafür ab. Es war die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leistungsfähigen Heerführer der Militärs, die das deutsche Volk ins Unglück geführt haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für die schwere Lebensumkehr.

Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheure Opfer auferlegt. Aus dem Gefühl der Erschütterung heraus haben unsere Gegner den Ausbeutungsgedanken in das Friedenswerk hineingetragen. Ihre Rache- und Vergeltungspläne fordern den schärfsten Protest heraus.

Angesichts des Massenleids erscheint die Schuldfrage beinahe klein; gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein ähnliches Verbrechen oder eine abledliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Weshalb haben nach ihrem eigenen Zeugnis unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu verewigen. Es gibt ihn nicht mehr; er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmern zerfallen und wird nicht mehr erheben. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und werden schonungslos durchgeführt. Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Ansehen zu treiben. Wie General von Winterfeldt während eines Tages jede deutsche Regierung erzwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten, um den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt aufzubürden. Man stelle uns nicht vor die verbürgte Wahl, zu verungern, und der Schmach. Auch eine sozialistische Regierung muß daran festhalten: Lieber erste Entbehrung als Entzweiung. Im Vertrauen auf die Grundkräfte des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt; jetzt geht man uns den Wilsonfrieden, auf den wir Anspruch haben. Das ganze deutsche Volk streift nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine ungeheure Stellung zu erwerben. Deutschland kann der Welt noch viel leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt ein sozialistisches Veronsprechendes, indem wir dem Sozialismus dienen, der den wahren Wohlstand und die Kultur des Volkes erhebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. Unsere Stämmen- und Schicksalsgenossen in Ost- und Westeuropa dürfen nicht sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen.

Die provisorische Regierung hat eine able Erbschaft angetreten. Wir haben, gelübt und gefördert vom Zentralrat der deutschen U- und S-Kräfte, unsere Kraft eingesetzt, um die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu überwinden. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Wir richten deshalb an die Unternehmener den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der andern Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte einzusetzen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität; nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerschürung. Sorgemoll blüht uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwundliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Gewaltmacht zur geistigen Reife. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen: Die Rechte des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialistischem Glauben und sozialistischer Art zu erfüllen. Wir wollen erreichen ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanlieh trägt. (Leb. Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Hierauf bezieht der 70jährige Abg. Pjanskuch (Soz.) den Präsidentenplatz. Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, keine eigene oder fremde Gewalt genötigt. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben. Diese Nationalversammlung allein hat von jetzt ab in Deutschland zu entscheiden. Wer ihre unbedingte Gewalt zu schmälern sucht, der ferret an der deutschen Majestät, und Freiheit, Deutschland soll wieder groß werden in der Welt durch die befreiende Gewalt des Friedens. Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstags als provisorische Geschäftsordnung der Nationalversammlung auf Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen. Der darauf vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag nachmittags 3 Uhr anberaumt.

Weimar, 7. Febr.

(2. Tag.)

Am 3/4 Uhr eröffnete Alterspräsident Pjanskuch die Sitzung. Zunächst verlas Schriftführer Reumann-Hofer eine große Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung. Sodann wurde zur Wahl des Präsidenten

der Nationalversammlung geschritten. Von den abgegebenen 399 Stimmen erhielt Dr. David 374, 3 waren zerplittert, 22 Zettel waren unbeschrieben. Dr. David erklärte, daß er die Wahl annehme. Er nahm darauf den Präsidentensitz ein und sagte: Gewaltige Aufgaben harren unser. Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zernichtet und zerstört. Der alte Bau ist zusammengefallen. Wir wollen einen neuen errichten. In Stelle des früheren auf Vordere Einzelner und der haarsbürglichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Leb. Beifall) Der Wille der Mehrheit ist die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegenständen innerhalb des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundgesetz kann die Gefahren beschwören, die laust uns drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können.

Neuerdings wird gemeldet, die Verhandlungen wegen der Zusammensetzung der Regierung seien noch nicht abgeschlossen. — Die Frage der Zulassung der eifrigen Abgeordneten zur Nationalversammlung ist bis zur Stunde ebenfalls noch nicht entschieden. Es ist in Aussicht genommen, die Abgeordneten zu den Sitzungen des Hauptausschusses zugelassen.

Weimar, 6. Febr. Der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung wohnten bei: der dänische Gesandte Graf Woltke, der perische Gesandte Hussein Ali Khan, der schwedische Gesandte Freiherr von Essen, der schweizerische Gesandte Mercier, der finnische Gesandte Hjelt und der litauische Gesandte Schaulys, ferner verschiedene Mitglieder des diplomatischen Korps; auch der preussische Gesandte Graf Wedel mit Gemahlin war anwesend.

Der Abg. Karl Hilbrand-Stuttgart hat die ihm von der soz. Partei angetragene Kandidatur des Präsidenten der Nationalversammlung abgelehnt.

Auf eine Anfrage der soz. Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, nach den Grundfragen der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, haben die Unabhängigen eine ablehnende Antwort gegeben.

Infolge der drohenden Haltung der spartakistischen Gruppen in den thüringischen Städten hat die Regierung für den Sicherheitsdienst etwa 25 000 Mann, darunter Artillerie und Minenwerferabteilungen, rings um Weimar einquartiert. Das Nationaltheater wird von auswählten Mannschaften des Berliner Volkspolizeikorps bewacht. (Die erste Truppenabteilung aus Berlin war nach ihrem Eintreffen in Weimar vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat kurzerhand entwaffnet worden und die Waffen wurden erst nach 24stündigen Verhandlungen der Berliner Regierung wieder herausgegeben.)

Weimar, 7. Febr. Unter Führung des Generals Scheuch wünschte eine eifrige Abordnung die Teilnahme an der Nationalversammlung als Vertretung der vertreibenden Elffässer. Trotz Zustimmung der Deutsch-nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und von Teilen der Demokraten wurde die Teilnahme der Elffässer an den Sitzungen aus förmlichen Gründen abgelehnt, und so der beabsichtigte Protest der Deutsch-Elffässer gegen die französischen Vergewaltigungen vereitelt.

Der internationale Sozialistenkongress. Bern, 6. Febr. Die Konferenz fordert die Proletariat aller Länder auf, mit allen Kräften auf ihre Regierungen Einfluß auszuüben, um ihre Grundzüge bei dem Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dankenden zu gestalten. Der Vorsitzende verliest zwei Entschlüsse der deutschen Mehrheitsdelegierten. Der erste lautet: Die deutsche Sozialdemokratie weist die Entscheidung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elffässer-Vorkriegsangehörigen dem freien Beschluß seiner Bevölkerung zu, die vor Ausbruch des Krieges im Lande anwesend war. Sie will die förmlichen Bestimmungen zu dem französischen Volke zu beurteilen gestalten.

Die Entschlüsse über die Zurückführung französischer imperialistischer Absichten auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheingebiet lautet: Die Absichten der französischen Imperialisten auf die Spaltung deutscher Volksteile vom großen Körper der gesamten Nation weisen die deutschen Sozialdemokraten mit aller Schärfe zurück. Jede Abtrennung dieser Gebiete vom deutschen Reich, jede politische oder wirtschaftliche durch die Friedensmission erzwungene Sonderstellung wäre unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Die würde eine Lebensinteressen verletzen, eine Atmosphäre des Hasses schaffen, damit den Keim zu neuen Kriegen legen und so halb unvereinbar sei mit dem Rechtsfrieden und mit den Grundfragen des zu gründenden Völkerbundes.

Am Schluß der Vormittagsitzung wurde die Entschlüsse über den Völkerbund angenommen.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Eröffnung der Erörterung über die Gebietsfragen. Ristral (Frankreich) legte eine Entschlüsse vor, die u. a. das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordert. In unfruchtbar Gebieten soll die Entscheidung über Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes herbeigeführt werden.

Die Konferenz verwirft das Recht des Siegers auf Beute und alle Bündnisverträge, die ihm gestatten, durch seinen Eintritt in den Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Völker zu suchen.

Grumbach (Elffässer) betont, die deutschen Mehrheitssozialisten haben bis zum letzten Augenblick das Selbstbestimmungsrecht der Elffässer-Vorkriegsangehörigen abgelehnt und sich nur infolge der Niederlage dazu bekannt. Die elffässer Arbeiter in erster Linie bestimmen. Für die weiblichen Arbeitskräfte sei die gleiche Regelung wie für die männlichen zu verlangen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Bern, 6. Febr. Zur 2. Sitzung sind 4 englische und 4 italienische Delegierte neu eingetroffen. Jouglaux (Paris) gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Konferenz sich mit der internationalen Arbeitergesetzgebung befassen solle. Es sei eine große Ausbeutung der Arbeiterkraft zu befürchten, weshalb eine Neuregelung der Warenherstellung nach anderen Gesichtspunkten aufzutreten sei. Die internationale Gesetzgebung müssen die Arbeiter in erster Linie bestimmen. Für die weiblichen Arbeitskräfte sei die gleiche Regelung wie für die männlichen zu verlangen.

Neues vom Tage. 25 Milliarden gefordert! Berlin, 7. Febr. Die „Deutsche Mg. Zeitung“ schreibt, sofort nach Bildung der neuen vorläufigen Reichsregierung werde der Nationalversammlung eine Kreditforderung von 25 Milliarden Mark zugehen. Diese noch nie dagewesene Forderung werde damit begründet, daß die Ausgaben des Reichs gegenwärtig erheblich höher seien als selbst in der Kriegszeit. Vom 9. November 1918 bis 9. Februar 1919 seien 12 Milliarden verausgabt worden.

Die bayerischen Eisenbahnen. München, 7. Febr. Der Haushalt der bayerischen Staatsbahnen wird für das Jahr 1918 wahrscheinlich mit einem Abmangel von über 90 Mill. Mark abschließen. Das Jahr 1919 wird gegenüber dem Vorschlag sogar eine Mehrausgabe von etwa 170 Millionen bringen.

Von der Waffenstillstandskommission. Berlin, 7. Febr. Auf die deutsche Bitte, die trüheren Gefangenenlager in Kasatt, Zarnstadt, Kumburg und Mannheim von den Besatzungsgruppen räumen zu lassen, ließ Marshall Foch erklären, daß diese Lager besetzt blieben, um darin nötigenfalls Elffässer-Vorkriegsangehörige aus Gesundheitsrücksichten unterbringen zu können.

Bern, 7. Febr. Wie die Zeitungen aus Reg melden, soll das Saargebiet wirtschaftlich und hinsichtlich seiner Versorgung mit Elffässer-Vorkriegsangehörigen gleichgestellt werden. Von da ist es nur noch ein Schritt zur Einverleibung.

Die Spartakisten. Hamburg, 7. Febr. Die Einigungsverhandlungen zwischen der gesamten Beamtenschaft und den Radikalen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Entlassung der



ganzen Arbeiterchaft umgehend vorgenommen wird. Die Lebensmittellager stehen unter der Kontrolle des A- und S-Rats und werden nicht mehr bewacht. Der A- und S-Rat verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Die Beamtensorganisationen werden zu allen Verhandlungen zugelassen.

Lübeck, 7. Febr. Die Garnison und Volkswache von Lübeck haben es abgelehnt, sich vom Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Regierungstruppen in Bremen verwenden zu lassen.

Düsseldorf, 7. Febr. Infolge Verhandlungen zwischen dem obigen Rat des Arbeiterrats und den Vertretern der Vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen ist der Generalstreik der Beamten und die Aufforderung zur vorläufigen Zurückhaltung von Gehaltszahlungen und Steuern an die Stadtkassen aufgehoben worden. Der Volkswacht hat Presse- und Versammlungsfreiheit gewährt, weitere Eingriffe in die persönliche Freiheit und das Eigentum der Einwohner seien nicht beabsichtigt. Die Wahlen zur Stadtverwaltung sollen nicht gestört werden.

Die deutsche Handelsflotte verloren.

London, 7. Febr. Europa-Express meldet, in Paris ist beschlossen worden, die deutschen Handelschiffe, die für die Beförderung der Lebensmittelversorgung geordert wurden, nicht mehr zurückzugeben. (Das war voranzusehen. F. Schr.)

Hungerrevolten im Elsaß.

Bern, 7. Febr. Der „Bund“ berichtet: Im Elsaß hat die große Lebensmittelsteuer zu Unruhen auf den Wochenmärkten, in den Reggereien und Bäckereien geführt. Von der durch Soldaten verstärkten Gendarmerte wurden 100 Personen verhaftet. Die elsaßische Presse ermahnt die französische Regierung, Lebensmittel zu senden und Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, da es sonst zu weiteren und größeren Ausschreitungen kommen könne.

Der Anschluß Österreichs.

Wien, 7. Febr. Die Anschlussfrage spielt in der immer reger werdenden Wahlbewegung die Hauptrolle. Staatssekretär Bauer betonte in einer Versammlung, dass kein anderer Weg als der Anschluss an Deutschland. — Der Verband alter Bürgerschaftler fordert alle Mitglieder auf, nur solchen Wahlbewerbern deutschen Blutes die Stimme zu geben, die ausdrücklich erklären, für den Anschluss an das Deutsche Reich einzutreten. Der christlich-sozialen Universitätsprofessor Dr. Seipel erklärte dagegen mit allem Nachdruck: Sollte Gefahr bestehen, dass das deutsche Volk eine auf Gewalt herrschende Republik und Diktatur einer Partei oder Klasse bekommt, dann darf es nichts veranlassen, in dieses Deutschland einzutreten. Deutsch-Österreich und Wien in eine bolschewistische Republik hineinzupressen, wäre unerhörter Vandalismus und Völkerverrat.

Von der Friedenskonferenz.

Haag, 7. Febr. Aus Paris wird gemeldet: Der amerikanische Staatssekretär Lansing erklärte Pressevertretern gegenüber, Deutschland sei den Verbündeten auf Gnade und Ungnade übergeben, die auch eine rechtmäßige Entschädigung fordern werden, aber Übertreibungen könne er nicht zustimmen, sie würden nur neue Meinungen nach sich ziehen.

Ein Ausweg.

Paris, 7. Febr. „Echo de Paris“ schreibt, die Abreise Wilsons nach Amerika lasse sich nicht aufschieben. Wilson hat es aber durchgesetzt, dass die Verhandlungen während seiner Abwesenheit unterbrochen werden müssen, was das Blatt sehr bedauert. In der Zwischenzeit werden die deutsche und die österreichische Nationalversammlung den Anschluss Österreichs an Deutschland beschließen und die Berner Sozialistenkonferenz werde ihre Forderungen aufstellen, ohne dass die Alliierten dazu Stellung nehmen können. Der wirkliche Grund des Bedauerns darüber, dass die Verhandlungen nicht in Abwesenheit Wilsons fortgeführt werden dürfen, wird wohl ein anderer sein. (D. Schr.)

Die tschechischen Forderungen.

Paris, 7. Febr. Die tschechischen Führer Kramsch und Benes legten der Friedenskonferenz die Forderungen der Tschechen vor. Sie verlangen die Einverleibung (in den böhmischen Tschechienstaat) von Mähren, Österreich-Schlesien, Slowakei (Nordwestungarn), der Gebiete von Olag und Ratibor (Preussisch-Schlesien) und Gmunden und Temenau (Niederösterreich), ferner eine Landverbindung mit der Südrussischen Meer. Falls die Polen Danzig erhalten, solle auch Tschechien einen Zugang zur Ostsee erhalten, wodurch Elbe, Donau und Weichsel und die Eisenbahnen Preßburg-Triest, Preßburg-Küme und Olag-Preßburg in tschechisches Gebiet fielen.

Die polnischen Wahlen.

Warschau, 7. Febr. Die Wahlen ergaben 400 Sitze für den nationalen Block, 80 für die Sozialisten und 15 für die Juden.

Der Ausstand in England.

London, 7. Febr. Im Bezirk Glasgow sind 120 000 Arbeiter ausständig, 10 000 Mann englischer Truppen haben die Stadt besetzt.

Die Türken verlassen Konstantinopel.

Järich, 7. Febr. Die Turiner „Stampa“ meldet, die türkischen Behörden verlassen Konstantinopel, das von weiteren Truppen der Verbündeten besetzt wird.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Ablieferung von Waffen und anderem Heeresgut.

Die jetzt noch in Besitz von Privatpersonen usw. befindlichen Waffen aller Art und Munition, die aus Heeresbeständen stammen, sind spätestens bis zum 14. ds. Mts., alles übrige Heeresgut bis spätestens 14. März ds. Js. bei den Sammelstellen des Bezirks abzuliefern.

Wer nicht oder nicht vollständig abliefern, zieht sich schwere Strafen zu.

Sammelstellen sind sämtliche (Stadt-) Schultheißenämter des Bezirks sowie das Detachement der Sicherheitskompanie in Nagold, Galtshaus 3 Löwen, Herrenbergerstraße.

Den 6. Februar 1919.

M ü n z, A. B.

Oberamt Nagold.

Zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge nach Maßgabe der Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 13. November 1918 und der Verfügung des Würt. Arbeitsministeriums vom 28. Nov. 1918 hat der Bezirksrat nach Anhörung des Demobilisierungsausschusses folgende Regelungsvorschriften festgelegt:

1. Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge haben alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden (§§ 6, 11 und 12 der Verordnung, § 5 Abs. 1 der Verfügung.)
2. Weibliche Personen dürfen nur unterstützt werden, wenn sie auf Erwerbslosigkeit angewiesen sind, dagegen nicht auch solche Personen, die lediglich während des Krieges ausbillsweise erwerbstätig geworden sind, ohne daß sie durch ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse oder ihre Familienverhältnisse genügend sich weithin Verdienst zu suchen. (§ 7 Abs. 1 Verordnung, § 5 Abs. 2 Verf.)
3. Solange Familienunterstützung gewährt wird, ist für die Empfänger dieser Unterstützung Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. Dies bezieht sich jedoch nicht auf die Person des vom Heere Entlassenen oder Beurlaubten. (Verf. der Landeskommission für Demobilisierung vom 16. Dez. 1918 § 3)
4. Zu gewähren ist die Fürsorge grundsätzlich vom der Gemeinde des Wohnorts, an Kriegsteilnehmer vorläufig und vorübergehend von der Gemeinde des Aufenthaltsorts, einbüßig von der Gemeinde, in der sie vor der Einziehung zum Heer gewohnt haben. (§ 5 Verordnung.)
5. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind und die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen, werden nach ihrer Rückkehr in den früheren Wohnort von der Gemeinde dieses Orts unterstützt. Die Fahrtkosten erhalten sie von der Gemeinde des letzten Wohnorts aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. (§ 5 Verordnung, § 4 Verf.)
6. Der Antrag auf Fürsorge ist beim Ortsvorsteher zu stellen. Ueber den Antrag entscheidet ein Fürsorgeausschuss, der aus dem Ortsvorsteher und mindestens je einem vom Gemeinderat gewählten Arbeitgeber u. Arbeitnehmer zusammengesetzt ist. Ueber Beschwerden gegen Beschlüsse des Fürsorgeausschusses entscheidet das Landesamt für Arbeitsvermittlung. (§ 9 Abs. 2 Verf.)
7. Die Unterstützung wird frühestens vom 5. Tag nach Eintritt der Erwerbslosigkeit an gewährt. Die Wartezeit wird erst von dem Tage an gerechnet, an welchem der Erwerbslose sich beim Ortsvorsteher als erwerbslos gemeldet hat. Für Kriegsteilnehmer gilt, soweit ihre Erwerbslosigkeit sich unmittelbar an ihre Entlassung vom Heer anschließt, die Wartezeit nicht (§ 9 Verordnung.)
8. Für die Beurteilung der Bedürftigkeit darf kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseigentum) nicht in Betracht gezogen werden, vielmehr ist bei Gliedern einer Familie, die in einem Haushalt zusammenleben, zu prüfen, ob die Einnahmen der sämtl. zusammenlebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß damit der notwendige Lebensunterhalt der Familie nicht mehr bestritten werden kann. Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge dürfen auf die zu gewährende Beihilfe nur soweit angerechnet werden, als die Erwerbslosenunterstützung und sonstige Unterstützungen und Rentenbezüge zusammen den vierfachen Ortslohn übersteigen. Anzurechnen sind dabei auch Zinsen von Spargroschen u. dgl. (§ 11 u. 12 Verordnung, sowie § 5 Abs. 1 Verf.)
9. Als Unterstützung wird bei völliger Erwerbslosigkeit auf den Wochentag (einschließl. Sonn- und Feiertag) gewährt:
 - a) für männl. Personen — über 21 Jahre 4 M —
 - b) „ „ „ „ von 16—21 „ 3 „ —
 - c) „ „ „ „ 14—16 „ 2 „ —
 - d) „ weibl. „ „ über 21 „ 2 „ 50
 - e) „ „ „ „ von 16—21 „ 2 „ —
 - f) „ „ „ „ 14—16 „ 1 „ 50
 - g) für Ehefrauen Erwerbsloser, sofern sie nicht nach Buchstabe d oder e eine eigene Unterstützung erhalten, ein Zuschuß von 50 Pf.,
 - h) für Kinder unter 14 Jahren ohne eigenen Verdienst 25 Pf.

Der ehelichen Kindern werden eheliche Kinder gleichgestellt, sofern sie in der Familie unterhalten werden, ebenso werden Söhne den Kindern gleichgestellt, falls der Ernährer fehlt und sie in der Familie ganz unterhalten werden. Dagegen wird für Witwen aufsteigender Linie und für Schwäger keine Unterstützung gewährt.

Die Gesamtunterstützung für die Angehörigen eines Haushaltes einschließlich sämtlicher Zulagen darf bei völliger Erwerbslosigkeit den Betrag von 5.50 M. nicht übersteigen.

10. Die Krankentagebeiträge werden weiterbezahlt. Sie sind, da sie im ganzen Betrage ersetzt werden, besonders zu verrechnen.
11. Die Festsetzung der Unterstützung erfolgt zunächst auf unbestimmte Zeit, sie wird wöchentlich am Montag für die Zeit vom vorhergehenden Montag bis zum Sonntag ausbezahlt.
12. Bei vorübergehender Einstellung oder bei Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche erhalten die Arbeitnehmer die Unterstützung gemäß § 9 Abs. 2 Verordnung, in Verbindung mit § 7 der würt. Volkz. Verf.
13. Bei behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit findet die Verfügung des Arbeitsministeriums vom 30. Nov. 1918 Anwendung.
- 13 a Die Erwerbslosen sind verpflichtet, jede nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufs u. Wohnorts, namentlich in dem früheren Beschäftigungsort und dem vor dem Krieg bewohnten Orte, sowie zu gefürzter Arbeitszeit, anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die nachgewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird. Freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort ist von der Gemeinde des letzten Wohnorts aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.
14. Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Erwerbslose die
 - a) arbeitscheu oder dem Trunk ergeben sind,
 - b) sich weigern, die ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit zu übernehmen,
 - c) falsche Angaben machen über die Verhältnisse, von denen die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung abhängt,
 - d) mit den Unterstützungen Mißbrauch treiben,
 - e) die Meldevorschriften verletzen.
15. Jugendlichen Personen, welche zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind, ist die Unterstützung zu entziehen, wenn sie diese Pflicht nicht erfüllen. Weibliche Personen, welche aus Anlaß der Erwerbslosigkeit in ihr Elternhaus zurückkehren, haben nur Anspruch auf die Hälfte der Unterstützung.
16. Erwerbslose, welche Unterstützung erhalten, haben sich jeden 2. Tag beim Ortsvorsteher persönlich zu melden.
17. Die Ortsvorsteher, bezw. die Fürsorgeausschüsse haben die Aufgabe, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Erwerbslosen tunlichst rasch einer Beschäftigung zugeführt werden. Sie haben sich hiezu mit dem Bezirksarbeitsamt Calw oder der Nebenstelle (Arbeitsnachweis Nagold) in Fühlung zu halten.
18. Die Gemeinden haben ihren Antrag für die Erwerbslosenfürsorge jeweils spätestens bis den 3. des folgenden Monats zum Zweck der anteilmäßigen Erstattung durch das Reich und den Staat beim Oberamt anzumelden.

Änderungen bleiben vorbehalten. Die Gemeindebehörden können die nötigen Vorbehalte vom Oberamt beziehen.

Auf die Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Januar 1919 (Reichsgel. Bl. St. 82) und die Bekanntmachung des W. Arbeitsministeriums vom 1. Feb. 1919 (Staatsanz. Nr. 28, Beil. 1) wird noch besonders hingewiesen. Darnach sind die Gemeinden verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener, ortsüblicher Lohn geboten wird; die Unterkauf ist fittlich bedenklich ist und daß Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird.

Den 4. Februar 1919.

M ü n z, A. B.

Landesnachrichten.

Altensteig 8. Februar 1919.

* Befähigt wurde die Wahl des geprüften Verwaltungspraktikanten Ernst Söhr von Freudenstadt — zur Zeit Schultheißenamtsverweser in Jagshausen — zum Ortsvorsteher der Gemeinde Jagshausen, Oberamts Neckarsulm.

* Handwerkskammer Reutlingen. Der geschäftsleitende Beamte der Handwerkskammer Reutlingen Synikus Herrmann wird während der Tagung der Nationalversammlung in der Führung der Kammergeschäfte durch Sekretär Eberhardt vertreten. Zudem wird Abgeordneter Herrmann in ständiger Fühlung mit der Handwerkskammer stehen und die Wünsche des Handwerks bei den zuständigen Reichsstellen persönlich vertreten.

Die Valuta. Die deutsche Reichsmark galt am 5. Februar in der Schweiz 55 Rappen oder 44 Pf., das ist annähernd der heutige Silberwert. Die österreichische Krone sank auf 27 Rappen oder 21 1/2 Pf. (Friedenskurs 85 Pf.).

Der Marschanzug. Die viel umstrittene Frage des Marschanzugs ist für das württ. Armeekorps neu geregelt worden. Es kommen nach vorläufiger Berechnung noch circa 100 000 Entlassungsansätze in Betracht, dabei sind etwa 50 000 Gefangene in Rechnung gestellt. Einen Anzug erhalten nur Bedürftige, und zwar Kriegsinvaliden, die 50 Prozent und mehr erwerbsunfähig sind und am 1. April v. J. oder später entlassen worden sind, ferner alle vom 1. Juli 1918 entlassenen Mannschaften, wenn sie länger als 6 Monate gedient haben und im Felde standen; endlich die zur Entlassung kommenden Mannschaften, sofern sie älteren Jahrgängen als 98 angehören oder mindestens 12 Monate gedient und im Felde standen, nur bei Bedürftigkeit.

Galw, 7. Febr. (Hausverkauf.) Das Anwesen des verstorbenen Gerberbesizers Friedr. Gärtner ging durch Kauf um den Preis von 36 000 Mk. an Herrn Fritz B. u. o., Gerber von Altensteig, über.

Galw, 7. Febr. Bei der Erwerbslosenfürsorge haben sich nur etwa 25 Personen gemeldet. Dieselben werden bei der Stadt, hauptsächlich bei der Herstellung von Wald- und Feldwegen beschäftigt. Als große Notstandsarbeit ist die Verlagerung der Panoramastraße mit einem Aufwand von etwa 70 000 Mk. vorgelesen. Die Kollegen haben sich im allgemeinen zustimmend dazu gestellt. Die Eisenbahninspektion Pforzheim soll aufgehoben und auf Wunsch der hiesigen Stadtverwaltung mit der Bauinspektion Galw vereinigt werden. Zu diesem Zweck muß das Inspektionsgebäude an der Bahnhofstraße vergrößert werden. Die Kollegen haben nun zur Vergrößerung des Platzes ein kleines Grundstück an der Neuen Brücke an die Eisenbahnverwaltung abgetreten. Weitere plant auch noch die Erbauung von einigen Dienstgebäuden, so daß für Arbeitsgelegenheit genügend gesorgt wird. — Auf dem Brühl lagert eine Menge Heeresgut, das von einer Wachmannschaft bewacht wird. Die Bewachung verschlingt aber mehr Kosten, als der Wert des Heeresgutes beträgt. Endlich ist es der Stadtverwaltung gelungen, den Verkauf dieser Gegenstände durchzuführen. — Gestern kam eine Sicherheitskompanie Soldaten hierher. Was diese hier tun sollen, weiß kein Mensch. Man schüttelt den Kopf über diese Geldverschwendung.

Verfassungsansatz der Landesversammlung.

(-) Stuttgart, 6. Febr. Der Verfassungsansatz hielt gestern nachmittags seine erste Sitzung ab. Bei der Erörterung des § 1 der Verfassungsbestimmungen wurde ein Antrag Crispian (U.S.P.), Württemberg nur als Verwaltungsbezirk eines deutschen Einheitsstaats zu gestalten, mit allen gegen die Stimmen Crispian abgelehnt. Die Vertreter aller anderen Parteien, wie auch die Vertreter der Regierung betonten, daß sie am Bundescharakter des Reichs und an der Selbstständigkeit Württembergs nachdrücklich festhalten. Nach der Frage des Zusammenschlusses von Württemberg, Baden und Hohenzollern wurde erörtert. Schließlich wurde Satz 1 des § 1 in folgender Form (B.Z.) beantragt: „Der Staat Württemberg ist ein Staat innerhalb des Deutschen Reichs.“ Satz 2 des § 1: „Er läßt seine Staatshoheit nach Maßgabe dieser Verfassung und der des Deutschen Reichs aus.“ wurde mit 15 gegen 7 Stimmen angenommen. Ferner wurde § 2 Abs. 1 mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen mit der Enthaltung: „Alle Landesstellen Württembergs in ihrem gegenwärtigen Bestand bilden das Staatsgebiet.“ Einleitend wurde vom Ausschuss eine Entschließung B.Z. angenommen, die die Regierung ersucht, mit den anderen Staaten in Verhandlungen wegen der Befreiung von Einkommen, Erbschaften und Kontributionen einzutreten. § 3 wurde in folgender Fassung nach Ablehnung von Vorschlägen B.Z. angenommen: „Alle Staatsangehörigen in Württemberg gehen vom Volk aus.“ (Entlassung heißt ein Landesgesetz, der von einem andern Staat eingeführt ist. So ist z. B. Wimpfen a. Neckar, das hiesig, aber von württembergischem Gebiet umschlossen ist, für Württemberg eine Enklave. Dagegen ist Hochentzwei, das, abgesehen württembergisch, von badischem Gebiet eingefasst ist, eine Exklave. D. Schr.)

(-) Stuttgart, 7. Febr. (Gegen die Tanzbelästigungen.) Ein geschlossener Ausschuss der württ. Bürgerpartei richtete an die Regierung die Bitte, in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse alle öffentlichen Tanz- und Maskenveranstaltungen zu verbieten.

(-) Stuttgart, 7. Febr. (Zum Raubmord in Möhringen.) Der Mörder der Wirtschafterin Rosa Wegger in Möhringen ist der 27jährige Mechaniker Karl Sorg von Stuttgart. Sorg war am 29. Januar aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis entlassen und der Verdacht lenkte sich alsbald auf ihn. Bewohner Möhringens erkannten in Lichtbildern Sorgs den Menschen, der sich am Tage des Mordes in Möhringen herumgetrieben hatte. Der Verdacht verstärkte sich, da Sorg überne 50 Pfennigstücke, die von dem Raub herührten, in verschiedenen Wirtschaften verausgabte. Dank der Entschlossenheit einiger Männer konnte Sorg dann in der Nacht zum Donnerstag von Beamten der Kriminalpolizei festgenommen werden. Nach hartnäckigem Leugnen legte er schließlich, da die Beweise erdrückend waren, ein Geständnis ab. Der Schreiner Heinrich Baas in Möhringen und dessen Frau, die den Raub zum Raubmord angezettelt hatten, sind gleichfalls verhaftet.

(-) Stuttgart, 7. Febr. (Schubpol.) Durch die Tätigkeit der Schubpol wurde in den Monaten Dezember und Januar gestohlenes Heeresgut im Wert von 1 015 885 Mk. gerettet.

(-) Stuttgart, 7. Febr. (Einbruch.) Wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, ist in der vergangenen Nacht in der Sparta-Druckerei in Degerloch eingebrochen und das Telephon gestohlen worden. Die Sepläden wurden ausgelert und ein fertiger Satz aus der Maschine genommen und zusammengeworfen. Flugblätter wurden auf dem Boden zerstreut und sonstiger Unrat verstreut.

(-) Böblingen, 7. Febr. (Wettbewerbs.) Die Stadtgemeinde hat für die Anfertigung von Bauplänen für die Erweiterung der Stadt im Wege des Wettbewerbs für Architekten und Ingenieure Preise von insgesamt 10 000 Mark ausgesetzt. — Die Gemeinde Magstadt hat den ausmarschierten Kriegern eine Beihilfe von 20 000 Mark überwiesen.

(-) Gröningen, 7. Febr. (Erwischter Schafdieb.) Der Tagelöhner Debach von Röttingen wurde erwischt, als er ein Schaf aus dem Pferch Rahl und es abschlachtete.

(-) Reutlingen, 7. Febr. (Rostbandsarbeit.) Der Eisenbahnausschuss der Zwieseltener Abt hat an Regierung und Landesversammlung die Bitte gerichtet, die Erbauung einer Stichbahn von Kleinengstingen über Bernloch und Oberfretten nach Bronstetten und Tigertfeld baldigst in Angriff zu nehmen.

(-) Mittelstadt, 7. Febr. (Das böse Gewissen.) Das hiesige Pfarramt erhielt vor einigen Tagen einen unterschriebenen Brief mit folgendem Inhalt: „Da ich schwer krank darniederliege, läßt es mir keine Ruhe, Ihnen mitzuteilen, daß ich im Dezember v. J. vor der Dalmühle 22 Pfund Mehl entwendete. Da ich den Lohn nicht mehr habe, lege ich 50 Mark bei und bitte Sie, diese dem Besohlenen zu übergeben.“ Die 50 Mk. kamen diesem recht gelegen, da er als Arbeiter mit großer Familie über ein Jahr arbeitsunfähig und nur zum Teil entschädigt ist.

Kriegshilfe Württemberg.

Zur Frage der Beschaffung der nötigen Betriebsmittel zur Fortführung eines bereits vor dem Krieg bestehenden Geschäfts teilt uns die Kriegshilfe Württemberg folgendes mit:

Die Kriegshilfe hat u. a. auch die Aufgabe, solchen Gewerbetreibenden, die schon vor dem Krieg in Württemberg selbständig waren, die zur Fortführung ihres Geschäftes nötigen Betriebskapitalien vorzustellen, soweit sie sich diese nicht anderweitig zu verschaffen vermögen. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß in erster Linie die örtlichen Kreditinstitute, Handwerkerbanken, Darlehensbanken usw. herauf sind und die Kriegshilfe Württemberg nur dann, wenn aus besonderen Gründen die Inanspruchnahme jener nicht angängig ist. Weiterhin ist natürlich die persönliche Kreditwürdigkeit des Geschäftsinhabers auch bei der Kriegshilfe Württemberg Voraussetzung und es muß glaubhaft gemacht sein, daß der Geschäftsinhaber auf dem Betrieb sein Fortkommen finden wird.

Die Gewährung der Kredite erfolgt in Form von Darlehen, die zu 3 Prozent verzinslich und gewöhnlich in 10 Halbjahresraten wieder heimzahlbar sind. Die Höhe wird im allgemeinen auf 2000 Mk. beschränkt. Sicherheiten werden natürlich verlangt, aber nur insoweit, als sie der Geschäftsinhaber ohne Gefährdung noch zu geben in der Lage ist.

Wer einen solchen Kredit bei der Kriegshilfe Württemberg in Anspruch zu nehmen wünscht, wende sich an den in jedem Oberamt bestehenden Bezirksausschuss für Kriegshilfe.

Zu Neugründungen oder zum Kauf von Geschäften kann die Kriegshilfe Württemberg Kredit nicht verwilligen, ebensowenig zum Beginn einer Berufsausbildung; dagegen wird zur Fortsetzung einer bereits begonnenen, durch den Krieg unterbrochenen Ausbildung, wenn auch nur in beschränktem Umfang und bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, eine Beihilfe gewährt.

Forderungen der Landwirte.

Betreter aus 62 landw. Bezirksvereinen hatten am Dienstag unter dem Vorsitz von Dekonomierat Mayer (Heilbronn) eine Besprechung über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer und die Stellung der Vereine zu der Kammer und zur Zentralstelle für die Landwirtschaft. Es wurde die Entschließung angenommen:

„Die heute versammelten 102 Vertreter von 62 landw. Bezirksvereinen anerkennen die Notwendigkeit einer größeren Selbstständigkeit der landw. Vereine Württembergs. Sie empfehlen zu diesem Zweck eine Neuordnung der bisherigen Beziehungen des landw. Vereins zur Zentralstelle für die Landwirtschaft. Als Gesamtvertretung und Gesamtleitung des landw. Vereins soll an Stelle der Zentralstelle für die Landwirtschaft ein württ. Landwirtschaftsrat, bestehend aus 24 Mitgliedern und einem Vorsitzenden, gebildet und die bisherige Stellung einer entsprechenden Neubearbeitung unterzogen werden. Dadurch erübrigt sich die Schaffung von neuen, in den Bestand des landw. Vereins eingetragenen Organisationen. Die anwesenden Vertreter der landw. Bezirksvereine lehnen deshalb den Beitritt ihrer Bezirksvereine zu dem neugegründeten Verband württ. Landwirte ab. Dagegen wird der Landwirtschaftsrat versuchen, sämtliche württ. landw. Vereinigungen und Genossenschaften zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen zu einem Verband landw. Vereinigungen in Württemberg zusammenzuschließen.“

Sonntagsgedanken.

Fürs blutende Vaterland!

Ich schaue von der höchsten Höhe des Alters in das tiefe Tal hinab, meine Abendsonne geht nicht mit Gold noch mit goldenen Hoffnungen zu Tal, aber von tapferen und männlichen Hoffnungen darf ich nicht lassen. Ich vertraue dem Geist und dem deutschen Geist und rufe mit allen tapferen Aposteln und Propheten: De coelo et patria nunquam desperandum, d. h. am Himmel und am Vaterland soll man niemals verzweifeln.

C. R. Rndt

Vermischtes.

Stiftung. Die Erben des verstorbenen Fabrikanten Karl Hagenbacher haben der Stadt 200 000 Mk. zur Errichtung eines Soldaten-Waldschule für schwächliche Kinder vermacht. Unglaublich. Dem „Heidelb. Tagbl.“ wird berichtet, der bekannte Heerführer General v. Deimling, bei Kriegsausbruch kommandierender General des 15. Armeekorps in Straßburg, und ein anderer General namens Schöpflin (?) haben sich der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Hochschulkandidaten von Berufsoffizieren. Das Bayer. Ministerium für militärische Angelegenheiten erteilt Berufsoffizieren, die sich dem Studium zuwenden wollen, bis zur Klärung der Verhältnisse entsprechenden Urlaub. Die Offiziere sind an den Universitäten vorläufig als ordentliche Studenten zugelassen, sofern die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind.

Auch ein Fortschritt. Am 4. ds. Mts. waren an fast allen höheren Schulen und Straßensenden in München Anschläge in großer Zahl zu sehen, die die „Befreiung von dem anmaßenden Stumpfsinn der Schule“ bezielten und zum „Schulstreik“ aufriefen. Diese unglückliche Ueberhebung scheint aus Mittelschülerkreisen zu stammen.

Die Langbelästigung. Seit 25. Dezember gab es in München 2000 Langbelästigungen. In der Hebelstraße in Schwabing hat die Polizei dieser Tage 1 1/2 Stunden gebraucht, um eine Wohnung auszuräumen, in der 80 Personen kostümierter tanzten. Ausweltsche wurden auf Lastenautos zur Polizeidirektion gebracht.

Verurteilt eines „Zeppella“. Aus einem Artikel im Frankfurter „Mittagsblatt“ erfährt man, daß das Zeppelinluftschiff 1. 30 im November 1917 auf Befehl der Admiralität von Süd- und Bulgarien aus eine Fahrt nach Deutsch-Ostafrika unternommen sollte, um den dortigen Truppen Munition und Arzneimittel zu bringen. Als das Luftschiff schon über Marium (Oberägypten) nach Zurücklegung von mehr als der Hälfte des Weges geflogen war, kam der Befehl zur Rückkehr. Das Luftschiff kehrte nach 60 Fahrstunden und Bemaligung von 2800 Kilometern ohne Landung zurück. Zwei Monate später bombardierte dasselbe Luftschiff Neapel. Ende Februar 1918 ging es bei Triento unter.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Eingefandt.)

Am Tannenblatt Nr. 30 wird der Stundenplan für die Gewerbeschule bekanntgegeben. So sehr im Interesse einer besseren theoretischen Ausbildung unserer gewerblichen Jugend, die Anfertigung eines Gewerbelehres zu begründen ist, so darf andererseits doch nicht verkant werden, daß durch den reuereingeführten Tagesunterricht der Lehrmeister sehr erhebliche Opfer anferlegt werden, doppelt fühlbar bei der gegenwärtigen Geschäfts- und Wirtschaftslage. Es wäre nun Aufgabe des Gewerbeschulrats zwischen den Forderungen der Schule und der Interessen der Lehrmeister einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Wie uns nun aber mitgeteilt wird, ist der Gewerbeschulrat bei der ganzen Neugealtung des Gewerbeschulunterrichts garnicht gehört worden! Zu was wird denn nun eine solche Behörde überhaupt geschaffen, wenn sie bei solch wichtigen Schulfragen nicht einmal zugezogen wird?

Einige Lehrmeister.

Legte Nachrichten.

Berlin, 8. Febr. Die Rede des zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählten Abgeordneten David Hessle, wie es in der Vossischen Zeitung heißt, vom ersten Augenblick an ungemein. Erfreulich war die starke nationale Note, die sich im zweiten Teil der Rede bemerkbar machte. Und der Funke nationaler Begeisterung sprang aus seinen Worten in die Versammlung über. Insbesondere löste es lauten Beifall aus, als er erklärte, daß Glatz Lothringen noch deutsches Land sei. Starke Zustimmung erfolgte, als er der Hoffnung Ausdruck gab, bald die Brüder Deutsch-Oesterreichs begrüßen zu können. Es kam zum Ausdruck, daß Präsidenten mit Empfindungen wie David, jeder Partei er auch entstammt, immer der Präsident der gesammten Nationalversammlung sein wird.

Der Berliner Lokalanzeiger nennt die Worte Davids würdig. Sie seien frei gewesen von entleerter Geistesmühe. An die Adresse der Unabhängigen sei die Mahnung ergangen, daß der demokratische Staat eine Stütze der freien Ordnung und der freien Unterordnung sein müsse, eine Stütze, worin die Rechte der einen ihre Grenze in den Rechten der anderen finden müssen.

REB. Berlin, 8. Febr. Ueber die Teilnahme an der Regierung verständigten sich laut „Berliner Lokalanzeiger“ Mehrheitssozialdemokraten und Demokraten. Auch das Zentrum sei zu diesen Beratungen zusammengetreten, wobei eine vollständige Uebereinstimmung der drei Parteien erzielt worden sei. Das Zentrum hat der Vossischen Zeitung“ zufolge, bereits bestimmte Forderungen für die endgültige Verfassung angemeldet, so z. B. die, daß die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen werden müsse.

REB. Berlin, 8. Febr. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfahren haben will, soll Scheidemann als Reichsministerpräsident wieder Reichskanzler genannt werden. Neugeschaffene werden solle das sogenannte Reichsverteidigungsministerium. Zu dessen Leiter sei Noske anzuersuchen. Für die Besetzung des Reichskolonialamts kämen Dernburg, Erzberger und Freiherr von Richthofen in Betracht. Es sei indessen fraglich, ob das Kolonialamt als solches bestehen bleibe. Als sicher könne gelten, daß Graf Brockdorff-Rantzau sein Amt als Reichsminister des Auswärtigen behalten werde.

REB. Berlin, 8. Febr. Ueber Kiel ist, verschiedenen Morgenblättern zufolge, gestern Abend der Belagerungszustand verhängt worden. Der Bahnhof wurde Freitag Nachmittag wieder geschlossen. Die Hochbrücken über den Kaiser-Wilhelm-Kanal, die von Spartakisten besetzt waren, sind wieder frei. Die Nacht der Spartakisten scheint gebrochen zu sein.

Druck und Verlagsort W. Rieferschen Buchdruckerei Altensteig.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. ehemaligen Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Altensteig u. Umgebung.

Sonntag den 9. Febr., nachm. 2 Uhr findet im Gasthof z. „Grünen Baum“ hier eine

öffentliche Versammlung

statt. Vortrag über: „Unsere Forderungen an den Staat.“
Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von hier und Umgebung werden dringendst eingeladen. Der Vorstand.

Liederkranz Altensteig.

Jährliche Hauptversammlung
am Sonntag, den 9. Feb. im Gasth. z. Engel
nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Jahresbericht.
3. Wahlen.
4. Sonstiges.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

der Ausschuss.

Altensteig.

Am Mittwoch, den 12. Febr., nachm. 2 Uhr bringe ich vor dem Gasth. z. Schwanen meistbietend zur Versteigerung:

einen ganz wenig gefahrenen Viktoria-Wagen mit abnehmbarem Bock, einen Schlitten mit Volkier und Decke
einen sehr leichten Reiberschlitten, einen Reifattel, ein Paar gut haltene Chaisengeschirre mit Kreuzzügel und andere zur Pferdehaltung brauchbaren Gegenstände.

Ferner eine Fatterschneidmaschine und ein Satz Steinschuhe.

Stadtwundarzt Vogel.

Hübsche, billige und bessere

Photographie-Rahmen

empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Carbid

empfiehlt

Paul Schaupp
Tel. Nr. 78.

Bappelstämme

kauft jedes Quantum

Möbelfabrik A. May,
Zweigabteilung Altensteig.

Altensteig.

Einen neuen, selbst gebauten

Herrenschlitten

im Rohbau

verkauft

Ehr. Bühler
Schmied.

Zwei

Knaben-Anzüge

für das Alter von 12-14 Jahren hat abzugeben

Gottfr. Burghard
Schneidmstr. Spielberg.

Gartweiler.

Keinere

Läufer- und Milchschweine

hat zu verkaufen

Schnierle.

Ein 19-jähriger

Bursche

sucht Stelle

in der Landwirtschaft.

Wer - ? sagt die Exp. ds. Bl.

Gärtnerlehrling-Gesuch.

Ein geordneter Junge, der die Gärtnerei gründlich erlernen will, findet angenehme Lehrstelle bei

G. Ziesle

Kauf- u. Handelsgärtnerei
Freundenstadt.

Stadt Aarion
Spielberg-Freutenhof.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, zur Feier unserer ehelichen Verbindung, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 11. Februar ds. J.

in unser Gasth. z. Traube in Freutenhof bei Freudenstadt freundlichst einzuladen.

Albert Dölker
Kaufmann
in Spielberg.

Frida Bohnet
Tochter des Traubenwirts
Bohnet in Freutenhof.

Absgang um 12 Uhr in Grünthal.

Fussboden-Riemen, Brüstungstüfel-Bretter

und sonstige Hobelware liefern wieder fortlaufend

Graf u. Kohler, Säge- und Hobelwerk
Dornstetten. Telephon Nr. 1.

Mädchengesuch.

Für die Hausgehälte suche ich ein durchaus ehrliches, treues Mädchen, das schon gebirt hat.

Wurst z. Löwen
Grömbach.

Zu sofortigem Eintritt wird in kleinere Familie braves

Mädchen gesucht

das Liebe zu keinem Kind hat, bei guter Behandlung.

Fr. Kestele, Kaufmann
Feuerbach, Regstr. 31

Husten Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne aus, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.

Heinrich Deide, Waderleben,
Provinz Sachsen.
Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Weingeschwüren gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Altensteig.

Einen eisernen, 2-sitzigen

Winderschlitten

hat abzugeben

Carl Moser.

Echte

Gummifauger und Gummischmuller

empfiehlt

E. Erbe
Lüdingen.

Altensteig.

Große Auswahl schöner

Christl.

Wandsprüche

sowie

Leuchtkreuze

empfiehlt die

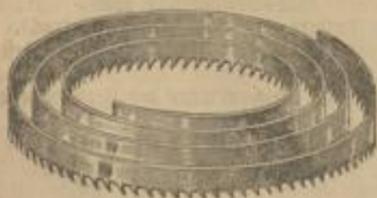
W. Rieker'sche Buchh.

Waldsägen

Holzsägen
mit Gestell

Fuchsschwänze
mit und ohne Rücken

Lochsägen



Nur Qualitätsware.

Altensteig.



In Sägen aller Art

ist eine grosse Sendung eingetroffen bei

Karl Henssler senior

— Eisenwarenhandlung. —

- Schüttersägenblätter
- Spannsägenblätter
- Absetzsägenblätter
- Schweifsägenblätter
- Winkelsägenblätter

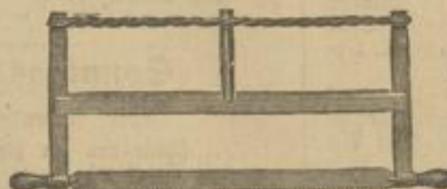
Für Handwerker und
:: Privatgebrauch. ::

Bandsägen

20, 25, 30 mm breit

Kleine
Fuchsschwänzchen
— mit Griff —

Kreissägen



Garantie für jedes Stück.

Gesucht

wird auf 1. März nach Frankfurt eine tüchtige

Nöchin

bei hohem Lohn, ebenso ein tüchtiges

Zimmermädchen

welches nähen und bügeln kann. Reisegeld wird vergütet.

Näheres zu erfahren in der Exp. ds. Bl.

Kirchliche Nachrichten.

5. Sonntag u. Erntedankfest, 9. Febr. Coang. Gottesdienst um 1/10 Uhr in der Kirche. Lieder 98, 553. Darauf Kindegottesdienst nachm. 1/2 Uhr Christenlehre: Töchter.

Donnerstag abds. 1/8 Uhr Bibelstunde im Jugendheim.

Gemeinschaft Jugendheim.

Sonntag Abend 1/8 Uhr Versammlung

